

Friedhofsgebührensatzung

Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren der Stadt Polch vom 30.08.2011

Der Stadtrat hat aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) und der §§ 2 Abs. 1, 7 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1 Allgemeines

Für die Benutzung der Einrichtung des Friedhofswesens und ihrer Anlagen werden Benutzungsgebühren erhoben. Die Gebührensätze ergeben sich aus der Anlage zu dieser Satzung.

§ 2 Gebührenschuldner

Gebührensschuldner sind:

1. Bei Erstbestattungen die Personen, die nach § 9 Bestattungsgesetz verantwortlich sind, und der Antragsteller,
2. bei Umbettungen und Wiederbestattungen der Antragsteller.

§ 3 Entstehung der Ansprüche und Fälligkeit

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Inanspruchnahme der Leistungen nach der Friedhofssatzung, bei antragsabhängigen Leistungen mit der Antragstellung.
- (2) Die Gebühren werden innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

§ 4 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung zur Friedhofssatzung vom 27.01.1998, I. Änderung vom 17.04.2001, Einführungssatzung zum Euro vom 01.01.2002, II. Änderung vom 14.12.2007, III. Änderung vom 08.05.2008, IV. Änderung vom 30.10.2008, V. Änderung vom 08.02.2011 und alle übrigen entgegenstehenden ortsrechtlichen Vorschriften außer Kraft.

56751 Polch, 14.09.2011

Stadt Polch

GÜNTER SCHNITZLER
Stadtbürgermeister

Anlage

Anlage zur Friedhofsgebührensatzung

1. Ausheben und Schließen der Gräber

Das Ausheben und Schließen der Gräber wird durch zugelassene gewerbliche Unternehmer vorgenommen. Die hierbei entstehenden Kosten sind von dem Gebührenpflichtigen unmittelbar an den Unternehmer zu zahlen.

In Ausnahmefällen kann das Ausheben und Verfüllen im Einvernehmen mit der Stadt durch andere Beauftragte erfolgen.

2. Ausgraben und Umbetten von Leichen und Aschen

Das Ausgraben und Umbetten von Leichen und Aschen wird durch Beauftragte der Stadt oder gewerbliche Unternehmen vorgenommen; die hierbei entstehenden Kosten sind von den Gebührenschuldern zu ersetzen.

3. Reihen- und Urnengrabstätten

Überlassen von Reihen- und Urnengrabstätten an Berechtigte nach § 2 der Friedhofssatzung für Verstorbene

a)	bis zum vollendeten 5. Lebensjahr	123,00 EUR
b)	vom vollendeten 5. Lebensjahr ab	245,00 EUR
c)	anonyme Urnenreihengrabstätten	350,00 EUR
d)	anonyme Reihengrabstätten	450,00 EUR

4. Verleihen von Nutzungsrechten an Wahl- und Urnenwahlgrabstätten

Verleihung des Nutzungsrechts an Berechtigte nach § 2 der Friedhofssatzung für eine Doppelwahlgrabstelle	1.186,00 EUR
jede weitere Grabstelle	593,00 EUR

Gebühren für die Verlängerung des Nutzungsrechtes = 1/30 der genannten Gebühr jedes volle Jahre.

Soweit volle Jahre nicht erreicht werden, bemisst sich die Gebühr nach dem abgelaufenen Teil des Jahres (jeden vollen Monat).

5) Einebnen von Grabstellen (bei Überlassung bzw. Verleihung des Nutzungsrechtes)

Kindergräber	200,00 EUR
Reihengräber	300,00 EUR
Wahlgräber	300,00 EUR
gemischte Wahlgrabstätten	300,00 EUR
Urnenreihengräber	200,00 EUR
Urnenwahlgräber	200,00 EUR.

6)	Benutzung der Aufbahrungshallen und Leichenkammer	
a)	Benutzung der Leichenkammer (Kühlkammer) pro Tag	30,00 EUR
b)	Benutzung der Aufbahrungshalle Polch	70,00 EUR
c)	Benutzung der Aufbahrungshalle Ruitsch	50,00 EUR
d)	Aufbewahrung einer Urne pro Tag	10,00 EUR

Hinweis:

Gemäß § 24 Absatz 6 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Bei der Bekanntmachung der Satzung ist auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hinzuweisen.